

liehen und gärtnerischen Produktionsgenossenschaften, unter Auswertung einer Bedarfsermittlung und auf der Grundlage der bestätigten Handelspläne;

- b) Sicherung einer vorrangigen Versorgung der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Produktionsgenossenschaften mit Düngemitteln im Vermittlungsgeschäft und mit Maschinen, Geräten, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln sowie mit Erntebindegarn.

### Großangriff auf das freie Bauerntum

*Obwohl die LPG wirtschaftlich und finanziell bevorzugt wurden, lehnten es die selbständigen Bauern auch weiterhin ab, sich der Genossenschaft freiwillig anzuschließen. Die SED-Funktionäre gingen dazu über, die Arbeitskräfte der Bauern unter Versprechungen oder Drohungen abzuwerben. Die Saatgutvermehrung wurde den freien Bauern untersagt und von der Futtermittelbelieferung wurden sie fast völlig ausgeschlossen. Die Volkspolizei entzog ihnen ohne ersichtlichen Grund die Zulassung für ihre Traktoren, obwohl sie voll einsatzfähig waren. Das Ablieferungssoll in landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurde willkürlich erhöht. Den Maschinen-Traktoren-Stationen (M.T.S.) war es untersagt, ihre Groß-Maschinen bei den selbständigen Bauern einzusetzen, und Traktoren sowie Kleingeräte durften erst dann bei den Bauern arbeiten, wenn die LPG ihre Feldarbeiten beendet hatten.*

*Auf Grund dieser Schwierigkeiten waren viele Bauern nicht mehr in der Lage, ihr Ablieferungssoll an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu erfüllen. Die mit Sollschnlden belasteten Bauern wurden zum Jahresende aufgefordert, ihre Rückstände innerhalb von 8 Tagen zu begleichen oder der LPG beizutreten. Kammen sie dieser Aufforderung nicht nach, wurden sie zunächst öffentlich in der Presse verunglimpft und schließlich wegen angeblichen Wirtschaftsverbrechens zu hohen Freiheitsstrafen und Vermögenseinziehung verurteilt, sofern sie nicht in der Zwischenzeit ihre Beitrittsklärung zur LPG unterschrieben hatten. Anfang 1959 wurden auch die betriebsstarken Bauern, die keine Sollrückstände hatten, aber irgendeine Funktion in der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), Mitglied der Deutsch-Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) oder einer sonstigen Partei der Sowjetzone bekleideten, ebenfalls in Presse und Flugschriften aufgeföhrt, die Richtigkeit der Kollektivierung der Landwirtschaft anzuerkennen und der LPG beizutreten.*

### DOKUMENT 299

Berlin, den 24. 10. 1958

Es erscheint Herr N. N., geboren 25. 3. 13, z. Zt. wohnhaft in Westberlin und erklärt, zur Wahrheit ermahnt, folgendes:

Ich bin Eigentümer einer Gärtnerei in Größe von 30 000 qm, davon 2000 qm unter Glas, die inmitten der Stadt... lag. Der Gartenbaubetrieb grenzte an eine freie Fläche, die der Stadt ... gehörte. Schon seit langer Zeit versuchten die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung, mich zur Gründung einer Gärtnereiproduktionsgenossenschaft (GPG) zu bewegen, um mit meiner Gärtnerei und den angrenzenden städtischen Flächen ein Gemüsekombinat zu errichten. Aus politischer Überzeugung und um meinen Berufskollegen nicht in den Rücken zu fallen, lehnte ich dieses Ansinnen ab. Nunmehr versuchte man, mich dadurch zum Eintritt in eine GPG zu bewegen, indem man mich wirtschaftlich durch

Abwerbung der Arbeitskräfte einschließlich der Gehilfen zu Boden zwingen wollte. Hierzu hatte scheinbar die zuständige Gewerkschaft den Auftrag erhalten. Ich wurde von meinem ersten Gehilfen hiervon unterrichtet. Dieser wurde z. B. zur Gewerkschaft geladen, wo ihm erklärt wurde, daß er seine Stellung bei mir aufgeben sollte, um in einem städtischen Gartenbaubetrieb Arbeit aufzunehmen. Ich habe in öffentlicher Versammlung zu derartigen Methoden schärfstens Stellung genommen.

Neuerdings finden auf Anordnung der Gewerkschaft Land und Forst jede Woche Schulungen für die Gärtnergehilfen und Gärtnerlehrlinge statt. In diesen Schulungskursen werden die Teilnehmer von dem Referenten aufgefordert, mit ihren Arbeitgebern zwecks Beitritt zu einer GPG zu diskutieren, anderenfalls, sofern die Arbeitgeber den Beitritt ablehnen, sie gezwungen sein würden, ihre Arbeit in selbständigen Gartenbaubetrieben aufzugeben. Den zuständigen Funktionären ist es klar, daß sie die selbständigen Gartenbaubetriebe erst dann zwingen, die Eigenbewirtschaftung aufzugeben, wenn keine qualifizierten Arbeitskräfte mehr zur Verfügung stehen. Da die meisten Gartenbaubetriebsinhaber es aus politischer Hinsicht ablehnen, Mitglied einer GPG zu werden, werden sie zur Flucht oder zur völligen Aufgabe ihrer Betriebe gezwungen.

Ich versichere, daß meine vorstehenden Aussagen in allen Punkten der Wahrheit entsprechen und bin bereit, diese erforderlichenfalls vor einem Gericht zu be-  
eiden.

v.g.u.

gez, Unterschrift

### DOKUMENT 300

Hier spricht der Raketen-Blitz!  
Unsere Rakete sendet .-.-.  
Vorbildliche Planerfüllung der Gemeinden ++ stop  
Golzen, Reinsdorf, Zscheiplitz + -f stop  
Flug der Rakete wird gebremst ++ stop  
Ursache ++ stop  
Schlechte Planerfüllung der Bauern ++ stop

Rockstroh, Zeuchfeld  
Kirschner, Wolmirstedt  
Fäller, Kahlwinkel  
Knauth, Schleberoda  
Türke & Fricke, Lossa  
Heinrich, Wennungen  
Fränzel, Thalwinkel

und andere ++ stop

Während die Werktätigen in der Industrie, die Genossenschaftsbauern und die übergroße Mehrheit der werktätigen Einzelbauern für die Verwirklichung der Losung: „Für des Volkes Wohlstand, Frieden, Glück, decken wir den Tisch der Republik“, alle Kräfte anspannen, denken die genannten Bauern nicht daran, ihren Verpflichtungen gegenüber den Werktätigen nachzukommen.

Die Frage lautet: Wollt ihr Frieden? Dann beweist es durch Eure Tat!

Wollt Ihr Wohlstand für alle, also auch für Euch?

Dann kommt schnellstens den Verpflichtungen gegenüber dem Staat nach!

Wollt Ihr Glück? Dann gibt es für alle werktätigen Einzelbauern nur eine Entscheidung, den Weg des Sozialismus in der Landwirtschaft zu beschreiten.

Sozialismus heißt Wohlstand, Frieden, Glück!

Quelle: Flugschrift einer LPG-Werbebrigade.